Antrag 66/II/2023
KDV Pankow
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Humanitären Schutz für russische Kriegsdienstverweigerer gewährleisten

Die SPD möge anstreben, die gegebenen Rechtsgrundlagen des Asyl- und Aufenthaltsrechts zur Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für russische Kriegsdienstverweigerer in der Regierungsverantwortung voll auszuschöpfen. Die SPD möge prüfen, die Rechtsgrundlagen gegebenenfalls zu erweitern, um ihnen eine Aufenthaltsmöglichkeit in Deutschland zu gewähren.

Begründung

Bundeskanzler Olaf Scholz bezeichnete am 2. Juni 2023 den russischen Präsidenten Putin als „Kriegstreiber“, der mit 200.000 Soldaten in die Ukraine einmarschiert ist und „das Leben seiner eigenen Bürger für einen imperialistischen Traum riskiert“. Nach den Worten von Bundeskanzler Olaf Scholz könnten bereits 100- bis 150.000 russische Soldaten gestorben sein.

In seiner Rede zur Eröffnung des 38. Deutschen Evangelischen Kirchentages am 7. Juni 2023 sprach Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier über den Angriff Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 als „Epochenbruch“ durch den „brutalen, menschenverachtenden Angriffskrieg“. Nach den Worten des Bundespräsidenten zerstört der Vernichtungsfeldzug Russlands gegen die demokratische und souveräne Ukraine „die Werte, auf denen unsere Demokratie und unser gemeinsames Europa gründen: die Gültigkeit des Völkerrechts, die Anerkennung von Grenzen, das friedliche Zusammenleben aller Menschen in Freiheit und Demokratie“.

Männer, die einberufen werden, um für Putin zu töten, können sich weder einer Einberufung entziehen noch in vielen Fällen ihr Leben retten. Viele von Ihnen sterben an der Front. „Nie wieder“ heißt auch, dass wir es nicht zulassen, dass Männer für einen verbrecherischen Krieg zu Soldaten gemacht und getötet werden. Wer sich dem Angriffskrieg und den schweren Verbrechen der russischen Armee verweigert, muss auf unsere Solidarität vertrauen können.